

Zur Lage der Kurdinnen und Kurden in der Türkei : eine politische Reportage

Autor(en): **Hilty, Anne-Lise / Flückiger, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 58

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage der Kurdinnen und Kurden in der Türkei

Eine politische Reportage

Zwischen dem 27. September und dem 4. Oktober 2009 reiste eine Gruppe von GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und NGO-Mitgliedern aus der Schweiz nach Diyarbakir, Van und Istanbul. Im Folgenden berichten wir von Gesprächen mit kurdischen BürgermeisterInnen, mit AnwältInnen sowie mit VertreterInnen von Gewerkschaften, linken Gruppierungen, Selbsthilfe- und Menschenrechtsorganisationen. Im Februar 2010 besuchten zwei Mitglieder der Gruppe die streikenden TEKEL-ArbeiterInnen in Ankara.

Nach sieben Jahren an der Regierung gelang es der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in der Türkei bei den Regionalwahlen Ende März 2009 nicht mehr, die Mehrheit der kurdischen Stimmen für sich zu gewinnen. Die DTP, die kurdische Partei der Demokratischen Gesellschaft, überflügelte sie und konnte in 98 Gemeinden das Bürgermeisteramt übernehmen. Zeit zum Feiern verblieb den AmtsinhaberInnen allerdings keine. Sie standen und stehen weiterhin vor enormen Problemen und unter einem nicht minder grossen Erwartungsdruck ihrer Wählerschaft. Zudem reagierte die türkische Regierung auf ihre Niederlage im Südosten des Landes mit der Verhaftung Hunderter DTP-Mitglieder, insbesondere von Kaderleuten und jungen AktivistInnen. Bis heute sind die Inhaftierten ohne offizielle Anklage im Gefängnis. Die DTP wurde Ende Dezember 2009 verboten.

Van und sein Bürgermeister

Bekir Kaya ist einer der neu gewählten DTP-Bürgermeister. Im Frühjahr 2009 übernahm der 32-jährige Anwalt das Amt von seinem AKP-Vorgänger in der Provinzhauptstadt Van, im äussersten Südosten der Türkei, nicht weit von den Grenzen zu Iran sowie zu Armenien und Irak entfernt. Die Stadt auf fast 1'800 Metern über Meer liegt idyllisch am Van-See, dem grössten See in der Türkei. Das natürlicherweise sodahaltige Gewässer – in dem es kaum Fische gibt – ist mit 3'740 km² rund sieben Mal so gross wie der Bodensee. Auf Schritt und Tritt begegnet man den Spuren einer reichen Geschichte. Die Stadt wird von einer urartäischen Burg überragt. Ab dem 9. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung war Van die Hauptstadt des Königreiches von Urartu, dürfte aber schon seit dem 5. Jahrtausend v.u.Z. besiedelt gewesen sein. Assyrer, Kimmerer und Skythen umkämpften die Stadt, die später unter persische und dann armenische Herrschaft geriet. Davon zeugt beispielsweise die armenische Kirche aus dem 10. Jahrhundert

auf der Insel Akdamar mit ihren bestens erhaltenen Reliefs. Mongolen und Seldschuken übernahmen die Herrschaft, bevor die Region schliesslich nach vielen Kämpfen dem osmanischen Reich einverleibt wurde.

Heute wirkt das Stadtzentrum auf den ersten Blick modern, überall wird gebaut, zahlreiche Restaurants, Geschäfte und Internet-Cafés säumen die belebte Hauptstrasse. Darauf verkehren jedoch nicht nur teure und weniger teure Autos, sondern auch Eselskarren, Rikschas und Handwagen. Die Strassen sind staubig, die Baugerüste mehrheitlich aus Holz. Auffallend sind die vielen Moscheen, darunter viele neue, die erst in den letzten Jahren gebaut wurden.

Sobald man das Zentrum verlässt, werden die Quartiere ärmlich. Wo in der Schweiz pralle Speckgürtel die Städte umschliessen, erstrecken sich in Van endlos schnell gebaute Häuser, zum Teil unfertig, meistens aus Zementsteinen, mit traditionellen Lehmdächern, Wellblech oder Plastik gedeckt. Sehr oft fehlt jegliche Infrastruktur wie Wasser, Elektrizität und Kanalisation, ganz zu schweigen von öffentlichen Verkehrsmitteln. Zwischen den Häusern knabbern Ziegen an dürren Halmen neben Abfallhalden und Obstgärten, Hühner rennen über die nicht asphaltierten Strassen. Viele der Menschen, die hier leben, sind aus ihren zerstörten Dörfern nach Van geflohen. Tausende fielen in den neunziger Jahren der Taktik der verbrannten Erde zum Opfer, mit der die türkische Regierung der kurdischen Guerilla die Rückzugsgebiete zu entziehen versuchte. Die PKK (Kurdische Arbeiterpartei) hatte 1984 aufgrund der massiven Repression den bewaffneten Kampf gegen die türkische Herrschaft aufgenommen.

Partizipative Demokratie

Nach den Wahlen forderten die BewohnerInnen Vans von „ihrem“ Bürgermeister den Ausbau der Infrastruktur. Diese müsste mit den Steuern finanziert werden, die der Zentralstaat erhebt und den Gemeinden gemäss ihrer Bevölkerungszahl zuteilt. In Van wurden 2007 aber bloss 312'000 Personen gezählt, während real über eine halbe Million hier leben. Dieses Beispiel, die Vorenthaltung von Geldern, gehört zu den zahlreichen Schikanen der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung. Hinzu kommt, dass Kayas Vorgänger eher an der Bedienung seiner (AKP-) Klientel interessiert war als an einem ausgeglichenen Haushalt. „Als die Menschen die Einlösung meiner Wahlversprechen einforderten, wies ich auf die leere Gemeindegasse hin und wollte sie auf später vertrösten“, erzählte Bürgermeister Bekir Kaya, „doch sie liessen nicht locker – und sie packen selber an.“ Die Quartiere mobilisieren beispielsweise Arbeitskräfte oder kaufen die Rohre für die Kanalisation, während die Gemeinde die Planung übernimmt und Baumaschinen zur Verfügung stellt. Neu wurden Quartierräte gebildet, die die dringendsten Probleme auflisten und Prioritäten setzen müssen.

Regelmässig besucht Kaya die Quartiere, spricht mit den BewohnerInnen und trifft sich mit VertreterInnen. Er lud die BesucherInnen aus der Schweiz ein, ihn zu begleiten. Vor einer Schule wollte er ihnen den Ort zeigen, wo ein Park und ein Quartierzentrum entstehen sollen. Das erwies sich als schwieriges Unterfangen, denn kaum war der Bürgermeister dem Auto entstiegen, stürmten Hunderte von Schülerinnen und Schülern vom nahen Pausenplatz herbei und bejubelten ihn wie einen Rockstar.

Das Terrain ist vorläufig noch ein Stück Ödland, eine Abfallhalde. Doch das partizipative Modell trägt Früchte. „Dieses Quartier mit rund 30'000 BewohnerInnen ist sehr aktiv. Sie haben bereits 5'000 Meter Kanalisation gebaut, während wir die Planung gemacht haben“, erklärte Kaya. Nach dem Zwischenhalt bei der Schule ging die Fahrt weiter zum Freien Volksrat des Quartiers. Dieser Rat hat sich noch unter der AKP-Regierung formiert, als parteiunabhängige Interessenvertretung der Quartierbevölkerung. Der kleine Versammlungsraum ist mit Teppichen ausgelegt, als Sitzgelegenheit dienen Kissen. Der Präsident des Volksrats begrüßte den Besuch im Garten, der das Versammlungsgebäude umgibt. Trauben und Melonen wurden aufgetischt, dazu der obligate Tee. Bekir Kaya erzählte, er habe der hiesigen Bevölkerung vor den Wahlen ein Quartierzentrum versprochen, mit Räumen für kulturelle und gesellige Anlässe, eine Bibliothek und eine Parkanlage. Es wird nun partnerschaftlich umgesetzt, so wie der Präsident des Volksrats dem Bürgermeister vorgeschlagen hatte: „Du lieferst das Land, wir stellen die Arbeitskräfte, du lieferst das Material, wir bauen.“

Eine Wäscherei gegen die Isolation

In der Gemeinde Van-Bostanici, einem Vorort von Van, stellte die DTP schon während der letzten Amtsperiode die Bürgermeisterin. Bis zu den Wahlen 2009 stand Gülcihan Simsek der Gemeinde vor, die mit den gleichen Problemen konfrontiert ist wie die Provinzhauptstadt: viele Neusiedlungen mit Binnenflüchtlingen und mangelnde Infrastruktur. Mit Hilfe aus dem Ausland gelang es Simsek unter anderem, die Wasserversorgung zu verbessern. Sie erkannte, dass die Frauen aus den Dörfern nicht nur ihr Hab und Gut verloren hatten, sondern auch den Halt in der Dorfgemeinschaft und den Kontakt zu andern Frauen – mit gravierenden Folgen: überdurchschnittlich oft werden die Flüchtlingsfrauen depressiv, zu viele begehen Selbstmord.

2006 ersuchte Gülcihan Simsek den Basler Verein *Städtepartnerschaft Basel-Van** um Unterstützung für ein Wäscherei-Projekt. Hier sollten die Frauen waschen können und die Wäscherei sollte als Treffpunkt und Ausbildungsstätte dienen. Seit Herbst 2008 ist das Projekt in Betrieb und wird rege genutzt, wie die Delegation anlässlich ihres Besuchs im Herbst 2009 feststellen konnte. Ausser den Waschmaschinen stehen den Frauen

noch Näh- und Stickmaschinen zur Verfügung. Damit können sie nicht nur ihre Kleider und Wäsche selber herstellen, sondern sie wollen ihre Sachen nach Möglichkeit auch verkaufen, um etwas Geld zu verdienen. Die Frauen profitieren zudem von Informationsveranstaltungen, etwa zu Gesundheitsthemen, die in der Wäscherei abgehalten werden, während die Kinder im Hort spielen können. Wichtig sind den Frauen vor allem der soziale Kontakt, der Austausch untereinander und die gemeinsamen Aktivitäten, wie sie mehrmals betonen.

Die Initiatorin des Projekts, die vormalige Bürgermeisterin Gülcihan Simsek, trat im März 2009 nicht mehr zu den Wahlen an, weil sie eine andere Funktion in der DTP hätte übernehmen sollen. Auch sie wurde jedoch nach den Wahlen verhaftet und ist seither ohne Anklage im Gefängnis. Ihre Nachfolgerin Nezahat Ergünes, ebenfalls DTP-Mitglied, führt das Projekt nun weiter.

Repressionen, Drangsalierungen und Verhaftungen

Ende 2009 wurde auch der DTP-Bürgermeister von Diyarbakir Sur, Abdullah Demirbas, verhaftet. Diyarbakir, 400 Kilometer südwestlich von Van am Oberlauf des Tigris gelegen, gilt als heimliche Hauptstadt Kurdistans. Von der römischen Festungsstadt, wo später unter anderem die Perser, die Araber und schliesslich die Osmanen geherrscht haben, ist die imposante und intakte Stadtmauer aus schwarzem Basalt erhaltengeblieben. Sur bezeichnet in Diyarbakir den Bereich innerhalb der Mauern.

Als die Schweizer Delegation Abdullah Demirbas im Herbst 2009 besuchte, waren bereits zahlreiche Strafanträge gegen den Bürgermeister hängig wie auch gegen den Bürgermeister von Gross-Diyarbakir, Osman Baydemir. Insgesamt beantragte die türkische Staatsanwaltschaft gegen Demirbas 98 Jahre Haft. Es reicht schon, amtliche Dokumente ins Kurdische übersetzen zu lassen, um ein Verfahren zu riskieren. Eines davon wurde gegen Demirbas eröffnet, weil er ein Leseförderungsprojekt mit dem Titel „Jeden Abend eine Geschichte“ initiiert hatte. Aus einem Buch mit 365 Geschichten auf Türkisch, Armenisch und Kurdisch könnten Eltern ihren Kindern jeden Abend in ihrer Muttersprache vorlesen. Was in der Schweiz und andern Ländern inzwischen als wichtige Leseförderungs-massnahme besonders auch für MigrantInnen anerkannt ist – das Vorlesen und Geschichtenerzählen in der Muttersprache –, wird in der Türkei als Bedrohung der Einheit des Staates mit hohen Haftstrafen geahndet.

Die Repression richtet sich auch gegen Kinder. Das Anti-Terror-Gesetz erlaubt es, Kinder bereits ab 14 Jahren wie Erwachsene abzuurteilen, mit Strafen bis zu 20 Jahren Gefängnis. Sie landen in den gleichen Strafvollzugsanstalten wie die Erwachsenen; inzwischen ist eine Gesetzesänderung im Gang, die getrennte Gefängnisse für Kinder und Erwachsene vorsieht. Die Anwältin Reyhan Yalcindag schätzt, dass rund 500 Kinder inhaftiert

sind und gegen 1000 weitere ein Verfahren läuft. Die „Delikte“ sind banal. Den Kindern wird beispielsweise vorgeworfen, an einer Kundgebung der DTP teilgenommen, Ordnungskräfte mit dem „Victory-Zeichen“ provoziert oder einen Stein gegen einen Panzerwagen geworfen zu haben. An einem der Berge bei Van und ebenso auf Bannern, die in Diyarbakir über die Strassen gespannt sind, prangt in grossen Lettern die provokative Inschrift: „Glücklich ist, wer ein Türke ist.“

Die Folgen dieser systematischen Drangsalierung kurdischer PolitikerInnen und der dauernden Demütigungen sind verheerend. Vor allem junge Menschen wenden sich enttäuscht von der Politik ab und „gehen in die Berge“, was soviel heisst wie, dass sie sich der PKK-Guerilla anschliessen. „Wir wollen nicht in die Berge gehen, wir wollen politische Lösungen“, meinte Abdullah Demirbas, „aber der Zentralstaat lässt uns ja keinen Raum zum Politisieren.“ Auch er wurde Ende 2009 verhaftet.

Taktische Öffnungsversuche

Die Annäherungsschritte des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan, der im Sommer 2009 das Gespräch mit der DTP suchte, stehen in krassem Widerspruch zu den Repressionen und den zunehmenden Gefechten zwischen der türkischen Armee und PKK-KämpferInnen, vor allem im Nordirak. Darüber wird auch in der Schweizer Presse kaum berichtet; und wenn schon, dann ist von Erdogans „Öffnungsversuchen“ die Rede (vgl. hingegen das WOZ-Dossier „Am grössten kurdischen Widerstandsfest“, WOZ Nr. 18, 6.5.2010).

Tatsächlich hatte noch nie zuvor ein türkischer Ministerpräsident mit den „Separatisten“, den kurdischen VertreterInnen gesprochen. Der türkische DTP-Abgeordnete Akin Birdal, den die Delegation in Diyarbakir traf, wies jedoch darauf hin, dass die Regierung bisher keinerlei konkrete Anstalten gemacht hatte, auch nur kleinste Zeichen des Umdenkens zu setzen. Beispielsweise sei sie nicht bereit, die Schriftzüge auf den kurdischen Bergen „Glücklich ist, wer sich Türke nennen darf“ zu entfernen, noch die militärischen Armeehelikopterflüge über kurdischem Gebiet einzustellen, geschweige denn, die Militärstützpunkte aufzuheben. In den Gesprächen zwischen der Regierung und den Vertretern der DTP waren die Verhaftungen von Mitgliedern ebenfalls kein Thema. Die grosse Mehrheit der GesprächspartnerInnen der Delegation sieht in Erdogans „Öffnung“ bestenfalls ein weiteres leeres Versprechen seitens der türkischen Regierung. Viele vermuten, es sei in erster Linie ein taktischer Versuch, die KurdInnen zu spalten.

Gewerkschaften und Parteien

Wenn auch von dieser sogenannten Öffnung seitens der Regierung wenig zu halten ist, so gibt es doch anderswo Zeichen der Entspannung und der

Annäherung zwischen TürkInnen und KurdInnen. Als die DTP – wie einige ihrer Vorgängerparteien – verboten wurde, war ihre Nachfolgerin, die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), längst gegründet und konnte sofort aktiv werden. Zahlreiche türkische Intellektuelle traten der neuen Partei öffentlich bei, um ihre Solidarität mit den KurdInnen zu manifestieren. Verschiedene Gruppierungen sind nicht länger bereit, die Unterdrückungspolitik der Regierung gegenüber den KurdInnen schweigend hinzunehmen und mitzutragen.

Gewerkschaften wie die Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen setzen sich für die KurdInnen ein und fordern beispielsweise die Anerkennung der kurdischen Sprache. Am mesopotamischen Sozialforum in Diyarbakir, das zufällig zur selben Zeit stattfand, als die Delegation in Diyarbakir weilte, traf sie unter anderem Vertreter des Gewerkschaftsverbands DISK. Dieser fordert eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Von der Regierung verlangt er konkrete Schritte wie eine Landreform, die Entminung des Gebiets und wirtschaftliche Entwicklung. Schon allein die Tatsache, dass ein Sozialforum in Diyarbakir stattfand und viele Gruppierungen aus dem ganzen Land daran teilnahmen, ist ein Zeichen des wachsenden Widerstandes gegen die repressive Politik der türkischen Regierung.

Der Gewerkschaftsverband DISK wurde in den Sechzigerjahren gegründet als linke Abspaltung des damals einzigen und stramm antikommunistischen Dachverbandes Türk-Is. 1967 startete der Verband mit 30'000 Mitgliedern und wuchs rasch. 1970 unternahm die Regierung den Versuch, den DISK aufzulösen, worauf 150'000 Arbeiter in den Streik traten. Die Regierung verhängte das Kriegsrecht, drei Arbeiter wurden getötet. 1976 nahmen 300'000 ArbeiterInnen an den 1. Mai-Kundgebungen teil, ein Jahr später waren es 500'000. Der Tag der Arbeit 1977 endete blutig mit 36 Toten.

Nach dem Militärputsch von 1980 wurden der DISK sowie zahlreiche linke Organisationen und Parteien verboten. Vorstandsmitglieder und viele AktivistInnen wurden verhaftet und gefoltert. Archiv und Eigentum des DISK wurden konfisziert und bis heute nicht zurückgegeben. Erst 1992 begann der Wiederaufbau. Heute verfügt der Verband über rund 100'000 aktive Mitglieder, darunter nicht nur Linke, sondern auch Angehörige der AKP, der extrem nationalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) – die aus historischen Gründen Mitglied der sozialistischen Internationale ist und deshalb oft als sozialdemokratisch bezeichnet wird – sowie der rechts-extremen Grauen Wölfe. Die Rechte der Gewerkschaften sind immer noch stark eingeschränkt und die Beitrittschürden hoch. So müssen Beitretende ihre Mitgliedschaft notariell beglaubigen lassen und dies aus der eigenen Tasche bezahlen.

Noch schlimmer ist es um die linken Parteien bestellt. Seit dem Militärputsch ist es ihnen nicht gelungen, erneut eine Bewegung aufzubauen, die diesen Namen verdient. Es bestehen viele kleine Parteien, welche die

ausserparlamentarische Opposition sowie die Jugend- und Arbeiterbewegung unterstützen. Angesichts der prohibitiven Zehn-Prozent-Hürde wären sie allerdings auch gemeinsam kaum in der Lage, einen Parlamentssitz zu erringen. Uneinigkeit besteht unter anderem in der Kurdenfrage. Die ISP (Sozialistische Arbeiterpartei) beispielsweise, bei der die Schweizer Delegation zu Besuch weilte, hat sich deswegen von einer Vorgängerpartei abgespalten. Die ISP verzichtet unter dem Aspekt des Selbstbestimmungsrechts der Völker bewusst auf eigene Aktivitäten in der kurdischen Region und arbeitet stattdessen eng mit der DTP beziehungsweise ihrer Nachfolgerin BDP zusammen.

Solidarität und gemeinsamer Arbeitskampf

Auch auf kurdischer Seite gibt es Anzeichen von Bestrebungen, die ethnischen Grenzen zu überwinden. Mitten in Van steht das Zelt der kurdischen Friedensmütter, die gegen den Krieg und das Blutvergiessen demonstrieren. Einer ihrer Slogans lautet: „Weder unsere noch eure.“ Gemeint ist, dass weder türkische noch kurdische Mütter in Zukunft ihre Kinder opfern sollen. 40'000 Menschen verloren in den Auseinandersetzungen zwischen der PKK und den türkischen Ordnungskräften seit 1984 ihr Leben. In Diyarbakir organisierte der Verein der Verschwundenen – ein Zusammenschluss von Leuten, die Opfer in ihren Familien zu beklagen haben oder deren Angehörige verschwunden sind – im Sommer 2009 eine international beachtete Demonstration, an der türkische und kurdische Mütter den Verlust ihrer Kinder beklagten und ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen forderten.

Ende 2009 traten Arbeiterinnen und Arbeiter des Tabakkonzerns TEKEL in den Streik. Vor rund zwei Jahren verkaufte der türkische Staat den Betrieb an den britisch-amerikanischen Tabakkonzern BAT. Einzig die weniger rentablen Lager- und Produktionsstätten des Konzerns blieben in staatlicher Hand und wurden nun geschlossen. Die rund 12'000 Arbeitnehmenden verlieren ihre festen Anstellungen. Der türkische Staat bietet ihnen lediglich unsichere saisonale Arbeitsplätze an – ohne irgendwelche gesamtarbeitsvertragliche Regelung. Unter anderem verlieren sie damit Krankenversicherung, Mutterschaftsurlaub, Lohngarantie, Ferienansprüche und gewerkschaftlichen Rechte. Dagegen trat die Mehrheit der Arbeitnehmenden, die aus allen Regionen und Bevölkerungsgruppen der Türkei stammen, in den Streik, teilweise verknüpft mit Hungerstreik. Während 78 Tagen protestierten die ArbeiterInnen mitten im nasskalten Winter in einer Zeltstadt in Ankara und fanden dabei die Sympathie grosser Teile der Bevölkerung. Dagegen war der für TEKEL zuständige Gewerkschaftsdachverband Türk-Is vor allem bestrebt, den Protest zu beenden, allerdings erfolglos. TscherkessInnen, TürkInnen, KurdInnen, Gläubige und Ungläubige, Linke und Graue Wölfe hatten je ihre Zelte aufgebaut, lernten sich kennen

beim gemeinsamen Kampf für ihre Rechte. Sie konnten vor kurzem einen ersten Erfolg verzeichnen: Das Gericht gewährte Ende Februar 2010 eine achtmonatige Lohnfortzahlung.

Wie weiter?

Wie bereits erwähnt, traf die Delegation den Parlamentsabgeordneten Akin Birdal am mesopotamischen Sozialforum in Diyarbakir. Er ist stolz darauf, als Türke von der kurdischen Bevölkerung Diyarbakirs gewählt worden zu sein. Während seiner politischen Karriere hat er kleine Veränderungen miterlebt. Zum Beispiel wurde er Mitte der neunziger Jahre zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er vom kurdischen Volk gesprochen hatte. Heute ist es dagegen möglich, im Parlament kurdisch zu sprechen. Hoffnung setzt Birdal in die Internationalisierung des Kurden-Konflikts. Minderheiten-Konflikte werden generell zum Thema der Politik und als ein zentrales europäisches Problem erkannt. Dennoch bleibt er skeptisch. Er, der schon einmal einen Anschlag überlebt hatte, meinte zum Schluss: „Vielleicht wird es wieder einen Anschlag gegen mich geben – oder aber eine Lösung.“

Auch die türkische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Eren Keskin wurde schon zweimal mit Waffen angegriffen. Sie führte unter anderem den Menschenrechtsverein IHD und leitete eine kurdische Tageszeitung. Seit zwölf Jahren verteidigt sie kostenlos Frauen, die in Haft vergewaltigt wurden. Zur Zeit des Gesprächs waren 21 Verfahren gegen sie hängig. Sie war bereits mehrmals im Gefängnis, unter anderem weil sie das Wort „Kurdistan“ verwendet hatte.

Keskin hält den herrschenden Militarismus für das Hauptproblem in der Türkei, die Macht des Militärs. Die „Militärdemokratie“ beruht nicht nur auf Waffengewalt, sondern hat auch wirtschaftliche Ursachen. Denn Unternehmen wie Hotels, Versicherungen etc., die in OYAK (Ordu Yardımlaşma Kurumu) zusammengeschlossen sind und Gewinn abwerfen, gehören dem Militär. Um ihre Machtposition zu wahren, schüren die Militärs Ängste in der Bevölkerung, und sie schaffen Feindbilder, für die KurdInnen, ArmenierInnen, das Kopftuch und Zypern erhalten müssen. Für Keskin ist die Türkei ein kultureller Friedhof, auf dem nur eine einzige Kultur überleben darf: das Türkentum, das sich über eine türkisch-sunnitische Identität definiert. Unter den Bedingungen des stark militarierten Staates ist eine wirklich demokratische Opposition kaum möglich. Gleichzeitig stellt Keskin in der Türkei heute gegenüber früher eine grössere Meinungsfreiheit fest. Sie sieht aber die zaghafte Öffnungsversuche der Regierung gegenüber den KurdInnen als bloße Zugeständnisse unter dem Druck aus dem Ausland. In wichtigen Positionen der AKP-Regierung und des Militärs bestünden letztlich keine grossen Unterschiede. Und was die militärische Bekämpfung der PKK, weiterer linker

Gruppierungen und ihrer SympathisantInnen sowie den Genozid an den Armeniern angeht, sind sie sich einig.

Kein Friedensprozess ohne Einbezug der PKK

Die kurdische Arbeiterpartei PKK und deren seit 1999 inhaftierter Präsident, Abdullah Öcalan, geniessen in der kurdischen Bevölkerung nach wie vor grossen Rückhalt. Gleichzeitig wünschen sich viele Kurdinnen und Kurden nichts sehnlicher, als in Frieden leben zu können. Doch ohne die PKK – so eine weitverbreitete Überzeugung – würde die Kurdenproblematik vom Zentralstaat gar nicht erst wahrgenommen. Die PKK ist aus der Sicht vieler Kurdinnen und Kurden ein wichtiges Pfand, um den türkischen Staat zu politischen und kulturellen Zugeständnissen zu zwingen.

Zurzeit nützt der türkische Staat die verworrene Regierungssituation im Irak aus, um militärisch gegen Stützpunkte der PKK im Nordirak vorzugehen. Mit Protesten von Seiten der USA oder der EU muss er dabei kaum rechnen. Die kurdische Bewegung ist international relativ isoliert. Es ist wohl kein Zufall, dass in Brüssel im Frühling 2010 fast zeitgleich mit dem Beginn der türkischen Militäroffensive gegen die PKK Büros und Produktionsstätten des kurdischen Fernsehsenders Roj TV von Anti-Terroreinheiten gestürmt und verwüstet wurden. Etliche RedaktorInnen wurden verhaftet. Im Unterschied zur Schweiz hat die EU die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt und verboten.

Die Doppelstrategie der AKP-Regierung, mittels kultureller Zugeständnisse einerseits, harter Repression andererseits die kurdische Bevölkerung zu spalten und die PKK zu isolieren, dürfte kaum aufgehen. Die kulturelle Öffnung ist derart minim, dass sie kaum die vom türkischen Staat erhoffte Wirkung zeigen wird. Die Repression gegen kurdische PolitikerInnen schweisst die kurdische Bewegung nur noch enger zusammen und stärkt das Ansehen der PKK. Unsere Gesprächspartnerinnen und -partner waren sich einig: Ohne Einbezug der PKK wird es keinen Friedensprozess geben. Die PKK wäre zu Gesprächen bereit, das hat Abdullah Öcalan mehrfach signalisiert. Aktuell sieht es allerdings eher danach aus, dass sich die politischen Fronten verhärten und der Krieg zwischen der türkischen Armee und der PKK anhält. Die Friedensmütter werden wohl noch lange in ihrem Zelt in Van ausharren müssen.

* Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van wurde im Jahre 2000 von KurdInnen, TürkInnen und SchweizerInnen in Basel gegründet mit dem Ziel, über die politische, kulturelle, soziale und ökonomische Situation der kurdischen Bevölkerung zu informieren und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beizutragen. Von Anfang an unterstützte der Verein eine Teppichweberei in Van, wo junge Frauen – meistens Binnenflüchtlinge – nicht nur arbeiten und damit ihre Familien unterstützen, sondern auch die Schule besuchen können. Hinzu gekommen ist ein Wäscherei-Projekt.

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Postfach 225, 4005 Basel, PC-Konto 40-740064-7, www.basel-van.ch